

Abbau und Verlagerung von Arbeitsplätzen - ein analytischer Ansatz

Unter Weglassen von Wahlkampfpolemik ist die Situation in der Region (mehrere Beispiele) so:

- Unternehmen beschließen, Arbeitsplätze abzubauen oder zu verlagern. Dies kann aus folgenden Gründen geschehen sein:
 - Wirtschaftliche Erwägungen
 - Geschäftspolitische Erwägungen (die oft hinter wirtschaftlichen Argumentationen versteckt werden)
- Dagegen kann die Politik unmittelbar erst mal nichts unternehmen. Es gibt höchstens diese grundsätzlichen Wege:
 1. Nachweisen, daß die Entscheidung auch betriebswirtschaftlich falsch war, weil
 - a. die Qualität der Arbeit und der Mitarbeiter nicht ausreichend gewürdigt und quantifiziert wurde (das ist z.B. bei Verlagerungen in den Osten der Fall, was Erfahrungen vieler anderer Firmen zeigen)
 - b. nicht alle Informationen über wirtschaftliche und strukturelle Möglichkeiten in der Region bekannt und berücksichtigt worden warenBeides verlangt ein offenes und direktes Gespräch mit den (tatsächlichen) Entscheidern des Unternehmens, das aber – schon aus verhandlungstaktischen Gründen – auf jeden Fall vertraulich bleiben muß und somit im Wahlkampf kaum zu nutzen ist, wenn tatsächlich etwas erreicht werden soll.
 2. Anbieten von speziellen Unterstützungen durch erleichterte Rahmenbedingungen o.ä.: dies führt meist nur zu Mitnahmeeffekten, so daß ein Abbau resp. Verlagerung höchstens zeitlich verzögert wird
 3. Anbieten von organisatorischen Hilfen bei strukturellen Anpassungen/Umbauten: z.B. Umschulungen, Förderungen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
 4. Appell zur Überprüfung der Entscheidung, was ohne neue Argumente kaum etwas bewirken dürfte
- Flankierende Maßnahmen, die aber i.a für den Einzelfall keine direkten Auswirkungen haben:
 - Erhaltene Subventionen hier und ggf. am neuen Standort überprüfen
 - Subventionsregeln der EU nachbessern, um level-playing-field zu erreichen

Aber:

- Solidaritätskundgebungen allein mögen psychologisch (und vielleicht auch wahlkampftaktisch) hilfreich sein, bewegen aber in der Sache i.a. nichts
- Der Abbau vorhandener und der Aufbau neuer Arbeitsplätze wegen eines strukturellen Wandels an den relevanten Märkten ist ein Grundprinzip der Marktwirtschaft und sollte politisch auch nicht beeinflußt werden. Dies ist aber bei zahlreichen Fällen in der Region Untermain augenscheinlich nicht der Fall!